

# RECHTSPFLEGER-INFORMATION

Mitteilung des Verbandes der Rechtspfleger  
Online-Ausgabe - [www.rechtspfleger.net](http://www.rechtspfleger.net)



52. JAHRGANG

Juli-Oktober 2025

17.10.2025

## **Fehlende Wertschätzung und unzureichende Kommunikation – ein ernstes Signal an das Niedersächsische Justizministerium**

In den vergangenen Monaten hat sich innerhalb der niedersächsischen Justiz, insbesondere unter den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern, eine wachsende Unzufriedenheit bemerkbar gemacht. Ursache hierfür ist nicht allein die zunehmende Arbeitsbelastung und eine nur unzureichend funktionierende eAkte, sondern vor allem die Art und Weise, wie das Justizministerium mit unserem Berufsstand und dem Verband der Rechtspfleger kommuniziert – oder vielmehr: nicht kommuniziert.

Trotz mehrfacher Gesprächsangebote und konstruktiver Vorschläge seitens des Verbandes fehlt es an einer echten, offenen und verlässlichen Kommunikation. Zentrale Informationen erreichen uns oftmals erst über Umwege oder werden erst nach mehrmaligem Nachfragen mitgeteilt. Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, dass nicht immer mit der notwendigen Offenheit und Transparenz gehandelt wird. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe sieht anders aus.

## **Reform der HR Nord – Fragliche Notwendigkeit und fehlende Einbindung**

Aktuell werden in verschiedenen Arbeitsgruppen Vorbereitungen zur Reform der HR Nord getroffen. Die Einbindung des Verbandes ist gut erfolgt und es findet eine sehr konstruktive und wertschätzende Zusammenarbeit statt. Doch bereits jetzt stellen sich viele Kolleginnen und Kollegen die berechtigte Frage nach der tatsächlichen Notwendigkeit dieser Maßnahme. Während die Justiz tagtäglich mit personellen Engpässen, Überlastung, immensen technischen Schwierigkeiten und steigenden Anforderungen zu kämpfen hat, werden erhebliche Ressourcen in eine Reform investiert, deren Nutzen bislang nicht erkennbar ist.

Besonders irritierend ist in diesem Zusammenhang das Thema der Justizakademie, das in diesem Jahr für erhebliche Unruhe und Verunsicherung in der gesamten Justiz gesorgt hat. Statt Klarheit zu schaffen und Vertrauen zu stärken, hat die Diskussion um eine mögliche Neuordnung vor allem eines bewirkt: zusätzlichen Unmut und die Sorge, dass Entscheidungen ohne ausreichende Einbindung der Betroffenen vorbereitet werden.

## **Stellenhebungsprogramm 2026 – Symbolpolitik statt Perspektive**

Auch das vom Ministerium angekündigte Stellenhebungsprogramm 2026 lässt viele Fragen offen. Zwar wird dieses Programm als Schritt zur Aufwertung des Rechtspflegerdienstes präsentiert, tatsächlich betrifft es jedoch in erster Linie Stellen

der Besoldungsgruppen A 10 und A 11. Die dringend benötigten Hebungen in den höheren Besoldungsgruppen A 12 und A 13, die die fachliche Verantwortung und Komplexität vieler Tätigkeiten angemessen widerspiegeln würden, bleiben hingegen weitgehend unberücksichtigt.

So bleibt der beabsichtigte Effekt – die Stärkung der Attraktivität des Berufs und die Anerkennung der hohen fachlichen Kompetenz – weitgehend aus. Damit verfehlt das Programm sein eigentliches Ziel: die nachhaltige Stärkung des Berufsbildes und die Sicherung der Attraktivität des Rechtspflegerdienstes. Statt einer strukturellen und zukunftsweisenden Maßnahme erleben wir eine Initiative mit begrenztem Wirkungsradius – ein Signal, das mehr der Außendarstellung als der tatsächlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen dient.

## **Fehlende Zukunftsperspektive für den Rechtspflegerdienst**

Was derzeit fehlt, ist ein klar erkennbares Konzept für die langfristige Entwicklung und Stärkung des Rechtspflegerdienstes. Digitalisierung, Personalgewinnung, Nachwuchsförderung und die Sicherung der Qualität in der Rechtspflege sind Themen, die nicht länger aufgeschoben werden dürfen. Der Verband hat hierzu mehrfach konkrete Vorschläge unterbreitet, doch eine ernsthafte Auseinandersetzung seitens des Ministeriums bleibt bisher aus.

## **Appell an das Justizministerium**

Der Verband der Rechtspfleger Niedersachsen erwartet vom Justizministerium, dass es den Dialog mit dem Berufsstand endlich wieder ernsthaft aufnimmt – transparent, respektvoll und verlässlich. Derzeit erfolgt die Kommunikation nahezu ausschließlich einseitig: Der Verband bringt Themen, Fragen und Anliegen vor, erhält jedoch oftmals keine Antwort, eine deutlich verspätete Rückmeldung oder nur unzureichende Informationen.

Wir wünschen uns eine ehrlichere und partnerschaftliche Kommunikation, die den Anspruch eines gemeinsamen „Team Justiz“ tatsächlich mit Leben füllt. Denn derzeit entsteht der Eindruck, dass dieses „Team“ die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nicht in dem Maße einschließt, wie es dem hohen Verantwortungsgrad und der Bedeutung unseres Berufsstandes entsprechen würde.

Nur durch offene und verlässliche Kommunikation, durch Transparenz und gegenseitigen Respekt kann das Vertrauen gestärkt werden, das die Grundlage einer funktionierenden und zukunftsfähigen Justiz bildet.

Die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger leisten tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag zur Funktionsfähigkeit der Justiz. Sie verdienen Anerkennung, Verlässlichkeit und echte Perspektiven – keine symbolischen Programme, keine fragwürdigen Reformen und keine Informationspolitik, die Zweifel am partnerschaftlichen Miteinander aufkommen lässt.

---

# Gespräch mit dem Rechtsausschuss der CDU-Fraktion – Klartext zu eAkte, HR Nord und Stellenhebungen

Am 12. August 2025 nutzten Henning-Martin Paix und Anne Schulz im Namen des Verbandes der Rechtspfleger (VdR) die Gelegenheit zu einem intensiven Austausch mit Mitgliedern des Rechtsausschusses der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag.

An dem Gespräch nahmen die Abgeordneten MdL Hermann, Machulla und Calderone teil. Im Mittelpunkt standen aktuelle Themen, die den Berufsstand der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger unmittelbar betreffen: das Stellenhebungsprogramm für den Rechtspflegerdienst, die geplante Reform der HR Nord sowie die Probleme bei der Einführung der elektronischen Akte (eAkte).



Nach dem inhaltlich dichten und offenen Austausch ging es für die Vertreterinnen und Vertreter des Verbandes weiter zum Sommerfest der CDU im Neuen Rathaus in Hannover – eine gute Gelegenheit, die Gespräche mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Justizumfeld zu vertiefen.

## Kritische Punkte offen angesprochen

Der VdR machte in dem Gespräch deutlich, welche praktischen Schwierigkeiten und Belastungen mit der Einführung der eAkte derzeit in den Gerichten und Staatsanwaltschaften verbunden sind. Ebenso wurde das Stellenhebungsprogramm des Niedersächsischen Justizministeriums kritisch bewertet, da es nach Auffassung des Verbandes keine nachhaltige Verbesserung der Situation im Rechtspflegerdienst bewirkt.

Die Parlamentarier zeigten sich aufgeschlossen und verständnisvoll gegenüber den geschilderten Anliegen. Es wurde eine Unterstützung der verbandlichen Positionen zugesagt und zugleich vereinbart, den Dialog regelmäßig fortzusetzen, um die Probleme und Entwicklungsperspektiven in der Justiz kontinuierlich zu besprechen.

## **VdR-Stellungnahmen online verfügbar**

Zu den besprochenen Themen hat der Verband der Rechtspfleger auch schriftliche Stellungnahmen abgegeben, die auf unserer Homepage abrufbar sind:

[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über die Einführung der elektronischen Akte in der Justiz \(Opt-Out-Möglichkeit\) – Verband der Rechtspfleger e. V.](#)

[Ergebnis der Haushaltsverhandlungen 2026 für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt Justiz – Verband der Rechtspfleger e. V.](#)

---

## **HR Nord und Hochschule – Aktuelles**

Derzeit arbeiten zwei verschiedene Arbeitsgruppen daran, Optimierungspotenzial im Bereich der HR Nord zu identifizieren. Arbeitsgruppe 1 (Vertreter für den VdR: Henning-Martin Paix) beschäftigt sich mit der Thematik „Verwaltung“, während Arbeitsgruppe 2 (Vertreterin für den VdR: Antje Schröder) die Thematik „Lehre“ bearbeitet.

Grundlage für die Arbeit beider Gruppen sind Verbesserungsvorschläge, die sowohl von den Ministerien als auch von den Oberlandesgerichten, den Gewerkschaften und dem Studierendenparlament eingereicht wurden. Der Verband der Rechtspfleger (VdR) ist in beiden Arbeitsgruppen vertreten und zeigt sich zuversichtlich, dass gute und praxisnahe Lösungen gefunden werden, die allen Beteiligten zugutekommen.

Im Hinblick auf die Frage, ob die Hochschule in eine Akademie umgewandelt werden soll, hat sich das Niedersächsische Justizministerium – trotz mehrfacher Aufforderungen durch den VdR – bislang leider nicht abschließend geäußert. Wir bleiben hier weiterhin am Ball und hoffen, dass das böse Wort der „Akademie“ bald der Vergangenheit angehört.

---

## **Diplomierungsfeier 2025 in Hildesheim**

Genau so haben wir es auch in unserer Rede bei der diesjährigen Diplomierungsfeier am 26. September 2025 in Hildesheim formuliert. Der VdR war dort vertreten durch William Mertin und Anne Schulz, die die Gelegenheit nutzten, den 102 Diplomandinnen und Diplomanden ganz herzlich zu gratulieren.



Auch in diesem Jahr durfte der Verband wieder einen Preis überreichen. Da der diesjährige Abschlussjahrgang der erste war, der das Studium nach der neuen Studienordnung absolviert und somit keine Diplomarbeit mehr verfasst hat, haben wir uns entschieden, das „Besondere soziale Engagement“ zu würdigen. Der Preis ging in diesem Jahr nicht an eine einzelne Person, sondern an das gesamte Studierendenparlament, dessen Mitglieder im Einsatz für den Erhalt der Hochschule als Hochschule besonderen Einsatz gezeigt haben.



Im Vordergrund stand für uns an diesem Tag die Freude über die vielen neuen Kolleginnen und Kollegen, die wir nun in der Praxis begrüßen dürfen. Gleichzeitig haben wir die Gelegenheit genutzt, um auch einige kritische Worte an die

Entscheidungsträger vor Ort zu richten – in der Hoffnung, dass diese aufmerksam zugehört haben.

Die komplette Rede ist auf unserer Homepage zu finden:

- [Rede zur Diplomierungsfeier an der HR Nord 2025 – Verband der Rechtspfleger e. V.](#)

---

Verband der Rechtspfleger - Berufsvertretung der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, Volgersweg 1, 30175 Hannover

Verantwortlich für den Inhalt:

Vorsitzende: Dipl.-Rpfl. 'in Anne Schulz, AG Oldenburg, Elisabethstr. 8, 26135 Oldenburg, Tel. 0441/2203233  
Dipl.-Rpfl. Henning-Martin Paix, AG Hannover, Volgersweg 1, 30175 Hannover, Tel. 0511/3472597  
Redaktion: Dipl.-Rpfl. Leon Höppner, AG Emden, Ringstr. 6, 26721 Emden, Tel. 04921/951-247  
Onlineadressen: Internet: <http://www.rechtspfleger.net>; E-Mail: [info@rechtspfleger.net](mailto:info@rechtspfleger.net)